

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

16. WP - 7. Sitzung

am Donnerstag, dem 3. November 2005, um 14 Uhr,
im Schleswig-Holstein-Saal des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Hans Müller (SPD)

Axel Bernstein (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

Susanne Herold (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

Detlef Buder (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Ulrike Rodust (SPD)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stellvertretender Vorsitzender

i. V. von Heike Franzen

i. V. von Jürgen Weber

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Situation des Dansk Skoleforening for Sydslesvig	4
2. Antrag von Abg. Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Bericht der Landesregierung zur Unterrichtssituation	5
3. Bericht der Landesregierung über die Ergebnisse der letzten Kultusministerkonferenz	7
4. Antrag auf Zustimmung des Landtages gemäß § 15 a Ziffer 3 Satz 1 Hochschulgesetz Schleswig-Holstein (HSG-S-H) zu den Eckwerten für das Anreizbudget im Rahmen der Vergabe eines Anteils der Landesmittel an die Hochschulen in Schleswig-Holstein nach Leistung	8
Antrag der Landesregierung Drucksache 16/268	
5. Kulturpolitische Schwerpunkte und Grundsätze	10
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/201	
6. Bericht der Landesregierung über Ergebnisse der Studie des Archäologischen Landesamtes über die Anmeldung des Danewerk als Weltkulturerbe	13
7. Terminplanung für das erste Halbjahr 2006	14
8. Verschiedenes	15

Der stellvertretende Vorsitzende, Abg. Hans Müller, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Situation des Dansk Skoleforening for Sydslesvig

Umdrucke 16/302 und 16/336

Einstimmig beschließt der Ausschuss, den Dänischen Schulverein in der nächsten Sitzung, am 1. Dezember 2005, anzuhören.

M Erdsiek-Rave kündigt eine schriftliche Stellungnahme des Ministeriums zu den Schreiben des Schulvereins an.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Antrag von Abg. Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Bericht der Landesregierung zur Unterrichtssituation

Umdruck 16/255

M Erdsiek-Rave nimmt zu der von Abg. Hentschel beantragten Erweiterung des Berichts zur Unterrichtssituation Stellung.

Die Auswertung des Schülervergleichs - so die Ministerin - würde eine erhebliche Ausweitung der Berichtspflicht bedeuten. Sie würde eine altersspezifische Datenaufbereitung der schleswig-holsteinischen Schülerdaten nach Schulstufen an öffentlichen und privaten Schulen erfordern. Zusätzlich müssten, um Schülerströme verfolgen zu können, entsprechende Daten der Nachbarländer auf Einzeldatenbasis vorliegen. Ein solches Verfahren sowie die Datenanalyse seien zeitaufwändig und sollten eher vom Wissenschaftlichen Dienst als von der Verwaltung erbracht werden.

Die Aufnahme einer Tabelle mit prozentualer Aufteilung der Schülerzahlen je Klassenstufe nach Schulart und Geschlecht sei grundsätzlich möglich, würde aber keinen zusätzlichen Informationsgewinn für die Unterrichtssituation mit sich bringen. Die Veröffentlichung solch umfangreicher differenzierter Tabellen erfolge bereits durch das Statistikamt für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Die Tabelle „Erteilter Unterricht pro Klasse“ werde von der Kultusministerkonferenz ländervergleichend in ihrer jährlichen Dokumentation „Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen“ veröffentlicht und deshalb in den Bericht zur Unterrichtsversorgung nicht mehr aufgenommen.

Der Bericht zur Unterrichtssituation solle Rechenschaft über die Unterrichtsversorgung an schleswig-holsteinischen Schulen geben. Da der Lehrereinsatz an privaten und dänischen Schulen nicht dem Bildungsministerium obliege, beschränke sich die Darstellung der Unterrichtsversorgung auf die öffentlichen Schulen. Einen vollständigen Überblick über das Schulwesen lieferten wiederum Tabellen in den Veröffentlichungen des Statistikamtes, insbesondere auch das speziell für den Bildungsausschuss konzipierte Ergänzungsverzeichnis der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen.

Die Ministerin bietet an, zu den drei letztgenannten Punkten im Bericht zur Unterrichtssituation auf die entsprechenden Fundstellen zu verweisen, unter denen man die gewünschten Daten und Statistiken nachlesen könne.

Abg. Dr. Klug teilt die von der Ministerin vorgetragene Bedenken hinsichtlich der Auswertung des Schülerverbleibs, unterstützt allerdings die anderen Punkte des Antrages von Abg. Hentschel. Es sollte versucht werden, mit möglichst geringem Aufwand Informationen über die Waldorfschulen und dänischen Schulen in den jährlichen Bericht zur Unterrichtsversorgung aufzunehmen.

Abg. Hentschel bittet das Bildungsministerium, Möglichkeiten aufzuzeigen festzustellen, in welchem Umfang die Schulpflicht nicht wahrgenommen werde. Die Aufnahme der von ihm in den Punkten b), c) und d) angesprochenen Tabellen und Daten in den Bericht zur Unterrichtsversorgung bedeute keinen großen Aufwand und sei einer transparenten Information der Abgeordneten förderlich.

M Erdsiek-Rave macht noch einmal auf den mit der von Abg. Hentschel gewünschten Ausweitung der Berichtspflicht verbundenen Verwaltungsaufwand aufmerksam, dessen Abbau doch allgemein propagiert werde. Die gewünschten Daten seien alle öffentlich zugänglich und nachlesbar.

Abg. Herold unterstützt den Kompromissvorschlag der Ministerin, im Bericht zur Unterrichtssituation zu den von Abg. Hentschel aufgeworfenen Fragen künftig die entsprechenden Fundstellen auszuweisen.

Abg. Hentschel erklärt, Punkt a) seines Antrags ziehe er zurück, die Punkte b), c) und d) erhalte er aufrecht.

Mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden die Punkte b), c) und d) des Antrages von Abg. Hentschel, Um-druck 16/255, abgelehnt.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung über die Ergebnisse der letzten Kultusministerkonferenz

M Erdsiek-Rave berichtet über die Ergebnisse der 311. Plenarsitzung der Kultusministerkonferenz am 13./14. Oktober 2005 in Potsdam (vgl. Pressemitteilung der KMK vom 14. Oktober 2005). Die Konferenz habe sich mit der Umsetzung der Reform der KMK, der Qualitätssicherung in der Schule inklusive Schulinspektion, der Bildungs- und Kulturpolitik im internationalen Kontext und Auswirkungen des Anstiegs der Studierendenzahlen befasst. An der internationalen Vergleichsstudie „Survey of Teachers, Teaching and Learning“ der OECD werde sich die Kultusministerkonferenz nicht beteiligen.

Hinsichtlich der Qualitätssicherung in der Schule und insbesondere des Instruments Schulinspektion - damit greift sie eine Frage von Abg. Dr. Klug auf - orientiere man sich eher an den Niederlanden als an England mit seiner rigiden Leistungseinteilung der Schulen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Antrag auf Zustimmung des Landtages gemäß § 15 a Ziffer 3 Satz 1 Hochschulgesetz Schleswig-Holstein (HSG-S-H) zu den Eckwerten für das Anreizbudget im Rahmen der Vergabe eines Anteils der Landesmittel an die Hochschulen in Schleswig-Holstein nach Leistung

Antrag der Landesregierung
Drucksache 16/268

(überwiesen am 28. September 2005)

hierzu: Schreiben der Landesrektorenkonferenz
Umdruck 16/330

Abg. Spoorendonk plädiert unter Hinweis auf die einstimmige Ablehnung der Landesrektorenkonferenz (Umdruck 16/330) dafür, die Beschlussfassung über den Antrag der Landesregierung zu vertagen.

Abg. Dr. Klug problematisiert den von der Landesregierung zugrunde gelegten Leistungsparameter „Zahl der Promotionen“ vor dem Hintergrund einer differenzierten Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein.

Abg. Herbst bekennt sich im Namen der CDU zu dem Ziel, Landesmittel an die Hochschulen zukünftig stärker nach Leistung zu vergeben:

Auch Abg. Hentschel unterstützt den Grundsatz der leistungsorientierten Mittelvergabe, sieht aber Gesprächsbedarf hinsichtlich der zugrunde zu legenden Leistungsparameter, insbesondere Zahl der Promotionen, Umfang der Drittmittel, Regelstudienzeit auch an Universitäten, Bewertung der Lehre durch die Studierenden, Angebot an Teilzeitstudiengängen. Er schlägt vor, die Hochschulen zu diesen Fragen anzuhören.

St de Jager führt aus, die Eckwerte für das Anreizbudget müssten vor Verabschiedung des Landeshaushalts 2006 im Dezember vom Landtag beschlossen werden. Das Anreizbudget, das in der Erprobungsphase 5 % der Zuweisungen an die Hochschulen umfasse, solle in Zukunft ausgeweitet und durch ein ebenfalls leistungsorientiertes Sockelbudget ergänzt werden. Die Zahl der Leistungsparameter sei im Sinne einer größeren Transparenz reduziert worden. Durch die Zahl der Promotionen werde die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses am besten abgebildet. Die Fähigkeit einer Hochschule, Drittmittel zu akquirieren, gebe auch

Aufschluss über die Leistungsfähigkeit einer Hochschule insgesamt, die sich mit anderen Hochschulen im Bundesgebiet messen lassen müsse. So müsse sich die Universität Flensburg hinsichtlich der Zahl der Promotionen beispielsweise mit Pädagogischen Hochschulen in Baden-Württemberg vergleichen lassen. Die Zahl der in der Regelstudienzeit Studierenden solle künftig über das Sockelbudget abgebildet werden. Das Feedback der Studierenden sei bei der leistungsbezogenen Mittelvergabe innerhalb der Hochschule ein wichtiger Faktor. Die Umstellung der Studiengänge auf Bachelor und Master vergrößere die Möglichkeiten, Teilzeitstudiengänge anzubieten.

Zum Schreiben der Landesrektorenkonferenz, Umdruck 16/330, stellt er klar, dass die Hochschulen seitens des Wissenschaftsministeriums frühzeitig und regelmäßig in den Prozess der Erarbeitung und Veränderung der Kennziffern eingebunden worden seien.

Die Anregung des Vorsitzenden, dass sich der Finanzausschuss gemäß § 26 Abs. 1 der Geschäftsordnung mit dem Antrag befassen sollte, weil es sich um eine finanzrelevante Vorlage handle, greift der Ausschuss nicht auf.

Abg. Spoorendonk macht auf die Auswirkungen des Anreizbudgets auf die Flensburger Hochschulen aufmerksam und kritisiert in diesem Zusammenhang die Ankündigung von M Austermann, die schleswig-holsteinischen Universitäten zu einer Landesuniversität zusammenzufassen.

Der Ausschuss beschließt, schriftliche Stellungnahmen der Rektoren der Hochschulen einzuholen und die Landesrektorenkonferenz am 1. Dezember 2005 zu den vom Wissenschaftsministerium vorgelegten Eckwerten für ein Anreizbudget mündlich anzuhören.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Kulturpolitische Schwerpunkte und Grundsätze

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/201

(überwiesen am 28. September 2005 zur abschließenden Beratung)

Einleitend zu diesem Tagesordnungspunkt führt AL Dr. Carl in die Schwerpunkte des Berichts der Landesregierung ein.

Abg. Dr. Klug bittet um eine Stellungnahme zur Kulturstiftung Schleswig-Holstein. Hintergrund sei, dass die laufenden Einnahmen extrem rückläufig gewesen seien. Ihn interessiert, ob das durch den Börsencrash teilweise eingebüßte Stiftungskapital wieder aufgefüllt sei und was an Rückflüssen mittelfristig zu erwarten sei. Zudem möchte er wissen, ob es inhaltliche Vorstellungen und Konzeptionen zu den Aufgaben der Kulturstiftung gebe.

Im Hinblick auf das Stiftungskapital antwortet AL Dr. Carl, man könne Entwarnung geben, es sei wieder aufgefüllt. Die aus dem Landeshaushalt bereitgestellten Mittel seien jedoch massiv gesunken. Die Gesamtausstattung der Kulturstiftung sei besser gewesen, als die Landesmittel noch höher gewesen seien. Die Kulturstiftung sei eine eigene Rechtspersönlichkeit, es gebe keine neue Philosophie. Der Stiftungszweck der Stärkung, Sicherung und Erhaltung der kulturellen Infrastruktur sei beibehalten worden. Zurzeit sei die Kulturstiftung einziger Gesellschafter der neu gegründeten gemeinnützigen GmbH Kulturzentrum Salzau, was mit dem Stiftungszweck zusammenhänge. Die Gesellschafterbasis solle jedoch verbreitert werden. Es würden jetzt vermehrt Anträge, die eigentlich aus dem Kulturhaushalt des Landes zu fördern wären, an die Stiftung gestellt. Eine gewisse Verschiebung finde statt.

Auf eine Frage des Abg. Bernstein führt AL Dr. Carl aus, es gebe zwei Bereiche, in denen eine Beteiligung des Umlandes gewährleistet sei, die Förderung des Büchereiwesens und die Förderung der Theater über Mittel des Finanzausgleichsgesetzes. Der Wunsch der Landesregierung sei, dass daran festgehalten werde. Die durchgeführte Bibliotheks- und Theaterförderung sei gerecht und gewährleiste eine gewisse Planungssicherheit.

Auf eine Frage der Abg. Spoorendonk antwortet AL Dr. Carl, die grenzüberschreitende Kulturarbeit in Richtung Ostseeraum werde durch die Initiative Ars Baltica seit vielen Jahren betrieben. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark, insbesondere mit

Sønderjylland, sei recht aktiv. Die Einbeziehung der Kinder- und Jugendkulturinitiative sei bisher noch nicht thematisiert worden. Grundsätzlich gebe es keine Bedenken, für den Landeshaushalt 2006 seien zusätzliche Mittel von 50.000 € eingeworben worden, die jedoch weitgehend für Modellprojekte und das Freiwillige Soziale Jahr Kultur aufgezehrt seien.

Abg. Spoorendonk konkretisiert ihre Frage dahin gehend, ob in der Landesregierung eine Querabstimmung stattfinde. - AL Dr. Carl betont, grenzüberschreitende Projekte im Hinblick auf kulturelle Zusammenarbeit seien für die Landesregierung besonders interessant, weil dadurch Ressourcen gebündelt und Kooperationen gefördert werden könnten. Drittmittel seien nur zu bekommen, wenn man sich über Zielsetzungen verständigen könne. Dies funktioniere bisher bei den Leuchtturmprojekten, zum Beispiel der Stiftung Gottorf oder der Kunsthalle in Kiel. Ein Dialog mit den Förderern sei notwendig, wenn es um die spezifische Förderung bestimmter Projekte gehe. Wenn man das Prinzip der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung ernst nehme, könne man nicht mehr allein bestimmen, wo die Musik spiele.

Auf eine weitere Nachfrage von Abg. Spoorendonk weist AL Dr. Carl darauf hin, dass auch Innovatives gefördert werden müsse, besonders bei knappen Mitteln, zum Beispiel im Bereich der neuen Musik.

Abg. Hentschel kritisiert, die Soziokultur sei am meisten gekürzt und das Niederdeutsche sei am meisten gestärkt worden. Die Wirtschaft und Industrie nutze Kultur zu Werbezwecken, die Frage sei, worin die Aufgabe des Staates bestehe. Er sehe diese Aufgabe darin, Bereiche zu schaffen, die von der wirtschaftlichen Förderung unabhängig seien und besonders zu fördern. Eine Abstimmung mit der Wirtschaft sei in den werbewirksamen Bereichen nicht notwendig, zudem sie ein Interesse daran haben sollte, beteiligt zu werden, besonders bei den großen Veranstaltungen wie dem Schleswig-Holstein Musik Festival.

AL Dr. Carl führt aus, anders als von Abg. Hentschel bemerkt seien die Mittel Soziokultur nicht gekürzt worden, es gebe eine Kürzung im investiven Bereich, nachdem dieser im vergangenen Jahr erheblich gestärkt worden sei. Die Ursache für die nicht mehr vollständige Ausschöpfung liege daran, dass die Träger nicht mehr in der Lage seien, ihren Eigenanteil aufzubringen. Der Ansatz für Niederdeutsch sei nicht verstärkt worden, es handele sich um Mittel, die aus dem Verfügungsfonds des Ministerpräsidenten verlagert worden seien.

Abg. Spoorendonk weist auf den Auftrag der Landesmuseen bei der Darstellung von bildender Kunst hin und stellt die Frage in den Raum, ob Stiftungen in der Lage seien, diesen gesellschaftlichen Auftrag zu erfüllen. Sie sehe ein Problem darin, dass gestiftete Kunstwerke

dann zum Beispiel einen besseren Platz in den Museen bekämen und die vom Land finanzierte Kunst in den Hintergrund gedrängt werde.

AL Dr. Carl bestätigt, die Einwände der Abgeordneten seien nicht von der Hand zu weisen, der Prozess müsse allmählich in Gang kommen. Es bestehe die Gefahr, dass die wenig beliebten Bereiche zurückblieben. Man müsse gegebenenfalls auch Angebote ausschlagen, wenn damit verknüpfte Forderungen eine kritische Grenze überschritten. Er weist aber auch auf die Verhinderung der Schließung von öffentlichen Büchereien durch eine Übergabe in die Trägerschaft von Vereinen hin.

Abg. Hentschel wendet ein, bei einer Gesamtbetrachtung der Förderung falle auf, dass sich der überwiegende Teil der Förderung auf wenige Projekte konzentriere. Kleine Projekte hingegen bekämen nur sehr wenig oder gar keine Förderung. Seiner Ansicht nach stimme die Relation nicht.

AL Dr. Carl antwortet, die großen Festivals bänden sicher einen großen Anteil der Förderung, jedoch würden auch Büchereien, Volkshochschulen und Musikschulen in beträchtlichem Umfang gefördert. Bei den Museen seien die Mittel erheblich gekürzt worden. Das Land könne nicht auffangen, wofür die Kommunen selbst verantwortlich seien und was sie versäumten. Landesweite oder zumindest überregionale Bedeutung sei für die Landesförderung erforderlich, die Prüfung werde aber großzügig durchgeführt.

Abg. Dr. Höppner weist auf den Auftrag des Staates hin, Kulturgut zu sichern und zu erhalten. Der konservatorische Auftrag müsse ein großer Schwerpunkt bleiben.

Abg. Dr. Klug pflichtet AL Dr. Carl bei, man dürfe nicht nach dem Gießkannenprinzip fördern. Es müsse auf landesweite Bedeutung geachtet werden. Zudem sei die Herstellung von Vernetzungsstrukturen notwendig. Da gebe es einen Nachholbedarf, zum Beispiel bei dem Austausch von Ausstellungen und Ähnlichem. Im Bereich der Musik werde das vom Landesmusikrat sehr gut gehandhabt.

Zum Abschluss der Diskussion weist AL Dr. Carl darauf hin, dass eines der Kriterien für landesweite Bedeutung sei, neue kooperative Ansätze zu schaffen. Es gebe auch weiterhin die Zielsetzung, die Kooperation zwischen den Museen zu fördern. Die Kooperationen der letzten Jahre seien noch ausbaufähig, die Projektberatung des Landes halte dazu an, Kooperationspartner zu suchen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung über Ergebnisse der Studie des Archäologischen Landesamtes über die Anmeldung des Danewerk als Weltkulturerbe

(auf Antrag der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

AL Dr. Carl gibt den Ausschussmitgliedern die Studie „Das Danewerk - überregionale und kulturtouristische Potentiale in Denkmalpflege und touristischer Inwertsetzung“ an die Hand. Während eine deutsche Anmeldung des Danewerks für die Liste des Weltkulturerbes vor dem Jahr 2015 unrealistisch sei, sei der Weg einer transnationalen seriellen Anmeldung erfolgversprechender, sprich ein gemeinsamer Antrag der Länder Deutschland, Dänemark, Norwegen, Schweden, Island und Kanada auf Aufnahme ihrer Stätten der Wikingerkultur in die Welterbeliste. Eine Entscheidung darüber werde noch im November fallen.

Die Forschungsarbeiten am Danewerk müssten in jedem Fall fortgesetzt werden. Zur weiteren Untersuchung der Geschichte und Reste des Danewerks habe man im Rahmen des schleswig-holsteinischen Kulturfonds für die nächsten drei Jahre jeweils 100.000 € angemeldet; das Archäologische Landesamt sei bemüht, weitere Drittmittel einzuwerben.

Abg. Spoorendonk äußert sich erfreut über die Entwicklung und erinnert an die gemeinsame Initiative aller Fraktionen. Sie bittet die Landesregierung darum, den Bildungsausschuss in dieser Angelegenheit auf dem Laufenden zu halten, und regt an, dass der Ausschuss dem Danewerk zu gegebener Zeit einen Besuch abstatte.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Terminplanung für das erste Halbjahr 2006

Der Ausschuss legt folgende Sitzungstermine für das zweite Halbjahr 2006 fest - jeweils donnerstags, 14 Uhr -: 12. Januar, 2. Februar, 9. März, 20. April, 18. Mai und 8. Juni.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Auf eine Bitte von Abg. Hentschel sagt M Erdsiek-Rave einen schriftlichen Bericht zur geplanten **Gemeinschaftsschule in Kellinghusen** zu.

- b) Abg. Dr. Klug bittet das Bildungsministerium darum, den Ausschuss in der nächsten Sitzung über die Situation der **IGS Pansdorf** zu unterrichten.

Der stellvertretende Vorsitzende, Abg. Müller, schließt die Sitzung um 16:30 Uhr.

gez. Hans Müller
Stellv. Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer